

Florian Galler

Bemerkung zum Gruppenprozess

25.7.2018

Vorbemerkung

Die Bemerkung bezieht sich auf folgenden Zeitungsartikel: Tages-Anzeiger, 25.7.2018: 6000 Euro pro Flüchtling

Diesen Artikel finden Sie unten nach den Bemerkungen.

Gründung Megastadt wie Singapur oder Hongkong statt Ausschiffungsplattformen in Nordafrika

Wegen verbreiteter Korruption und Rechtlosigkeit in Afrika haben Menschen, die im Leben etwas erreichen wollen, vielfach keine Perspektive.

Um das zu verändern und Europa von Migrantenströmen, die es politisch nicht bewältigen kann, zu entlasten, möchte ich die Idee der Gründung einer Megastadt diesem Kontinent in die Diskussion einbringen.

Im Vordergrund stünden Abwesenheit von Korruption und eine effiziente Verwaltung. So entstünde ein Ort, wo Menschen, die es satt haben, in ihren Herkunftsländern auf der Stelle zu treten, ihr Glück versuchen könnten.

Tages-Anzeiger, Zürich

25.7.2018

6000 Euro pro Flüchtling

EU-Kommission Brüssel will Flüchtlingszentren in den Mittelmeerstaaten schaffen und andere Länder für die Aufnahme von Flüchtlingen belohnen.

Daniel Brössler, *Brüssel*

Im Streit über die Entlastung Italiens bei der Aufnahme aus Seenot geretteter Flüchtlinge hat die EU-Kommission am Dienstag Vorschläge unterbreitet. Sie skizzieren die von den Staats- und Regierungschefs im Juni am EU-Gipfel geforderten Flüchtlingszentren, die teils in Drittstaaten zu liegen kommen sollen.

Mit finanzieller, personeller und logistischer Hilfe will die EU-Kommission künftig in «kontrollierten Zentren» zur «geordneten, effektiven Erfassung der in der Europäischen Union ausgeschifften Menschen» beitragen. Den betroffenen Mittelmeeranrainern stellt die EU-Kommission die «volle operative Unterstützung» durch europäische Grenzschutzbeamte und Asylexperten in Aussicht. Personal- und Betriebskosten sollen aus dem EU-Haushalt bestritten werden. Staaten, die Flüchtlinge aus einem solchen Zentrum aufnehmen, sollen mit 6000 Euro pro Person belohnt werden.

Die Staats- und Regierungschefs hatten sich auf die Schaffung solcher «kontrollierter Zentren» auf freiwilliger Basis verständigt. Es könne sich dabei um mobile Einrichtungen handeln, hiess es aus der EU-Kommission. Man befinde sich noch am Anfang der Überlegungen. Heute sollen die EU-Botschafter über die Pläne beraten.

Die von der EU-Kommission ins Spiel gebrachten finanziellen Anreize stiessen in Italien auf Ablehnung. «Wenn sie irgendjemand anderem Geld geben wollen, sollen sie das tun. Italien braucht keine Almosen», sagte Innenminister Matteo Salvini. Italien wolle die Ankünfte reduzieren. Das Land ist zuletzt nicht nur gegen private Seenotretter vorgegangen, sondern hatte auch die Aufnahme von Flüchtlingen infrage gestellt, die von der EU-Mission Sophia in Sicherheit gebracht werden. Auf Druck Italiens werden die Einsatzregeln der Mission nun vorzeitig überprüft.

Keine «Pull-Faktoren»

Beim EU-Gipfel war neben der Einrichtung der «kontrollierten Zentren» innerhalb der EU auch die Prüfung von «Ausschiffungsplattformen» in Nordafrika beschlossen worden. Das ging auf eine Initiative des UNO-Flüchtlingshilfswerks UNHCR und der Internationalen Organisation für Migration (IOM) zurück. Es gehe nicht um «Inhaftnahme» oder Lager, so die EU-Kommission. Vielmehr sollten Vorschriften festgelegt werden, «die eine sichere und geordnete Ausschiffung gewährleisten». Dies solle unter Wahrung von Völkerrecht und Menschenrechten geschehen.

Am 30. Juli soll bei einem Treffen mit UNHCR und IOM über das weitere Vorgehen beraten werden. Die EU würde sich den Plänen zufolge bereit erklären, finanzielle und operative Unterstützung für die Ausschiffung zu stellen, aber interessierten Staaten auch durch Ausbildung und Ausrüstung zur Seite zu stehen. Bislang hat allerdings kein Staat Interesse angemeldet. Aus Tunesien, Algerien, Libyen und Ägypten kamen ablehnende Signale.

Funktionieren sollen die Ausschiffungszentren nach den Regeln von UNHCR und IOM, die über Schutz oder Rückführung entscheiden würden. Zentrales Anliegen der EU ist es, keine «Pull-Faktoren» zu schaffen. So soll ausdrücklich nicht für alle in den Zentren eintreffenden Menschen die Möglichkeit bestehen, sich in der EU anzusiedeln.

Mehr Flüchtlinge in Spanien, weniger in Italien

Fluchtrouten Die Zahl der Flüchtlinge auf dem Mittelmeer ist in diesem Jahr zwar stark gesunken. Die europäische Grenzschutzagentur Frontex stellt einen Gesamtrückgang um fast die Hälfte fest. Es ist aber vor allem die zentrale Mittelmeerroute von Libyen nach Italien, auf der sich dies bemerkbar macht.

Italien verzeichnet dieses Jahr bisher 80 Prozent weniger neu angekommene Flüchtlinge, knapp 18000 Menschen waren es bis Anfang Woche. Für den Juni errechneten die Statistiker des Innenministeriums - dessen Chef Matteo Salvini Schiffe mit Flüchtlinge wegen der angeblich unhaltbaren Lage nicht nach Italien lässt - einen Rückgang von 86,5 Prozent gegenüber 2017.

Allerdings: Die Junizahlen waren zwar die niedrigsten in vier Jahren, zugleich aber war es auch der tödlichste Juni in dieser Zeit; 564 Menschen kamen zwischen Nordafrika und Sizilien um. Das fällt zeitlich zusammen mit dem erzwungenen Rückzug privater Rettungsorganisationen aus der Gefahrenzone vor Libyen.

Anders verläuft die Entwicklung auf der westlichen Mittelmeerroute, über die lange wenige Migranten kamen. 166 Prozent mehr Flüchtlinge verzeichnet Spanien im Vergleich der Juni Monate 2018 und 2017. Im ersten Halbjahr sind fast 19000 Menschen nach Spanien gelangt. Experten glauben, dieser Trend werde anhalten. Auch im östlichen Mittelmeer treffen wieder mehr Flüchtlinge ein. 15 000 erreichten Griechenland bis Mitte Juli, fast um die Hälfte mehr als 2017.

Dass die zentrale Mittelmeerroute für die Schleuser so viel weniger attraktiv geworden ist, liegt an mehreren Faktoren. Was sich am stärksten geändert hat, ist die Rolle der libyschen Küstenwache, die von Italien aufgerüstet wurde. Einem Experten zufolge soll sie inzwischen 44 Prozent der Bootsflüchtlinge abfangen und wieder an Land bringen.

Andrea Bachstein